Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 13.12.2019
Sitzungsbeginn:	16:32 Uhr
Sitzungsende:	20:36 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Frau Marianne Wölk - SPD	
reguläre Mitglieder	
Frau Bettina Böttcher-Dutton - SPD	
Herr Thorsten Büchner - SPD	
Frau Myriam Hövel - SPD	ab 18:32 Uhr (TOP11.1)
Herr Schaker Hussein - SPD	
Frau Alexandra Klusmann - SPD	
Herr Dr. Fabio Longo - SPD	
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Herr Heinrich Löwer - SPD	
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Herr Uwe Meyer - SPD	
Herr Steffen Rink - SPD	
Frau Sonja Sell - SPD	
Herr Ulrich Severin - SPD	
Herr Matthias Simon - SPD	
Frau Anna Zels - SPD	
Herr Dirk Bamberger - CDU	ab 19:30 Uhr (TOP 13.1)
Herr Hermann Heck - CDU	
Herr Manfred Jannasch - CDU	
Herr Walter Jugel - CDU	
Frau Anita Kaufmann - CDU	
Herr Winfried Kissel - CDU	
Herr Lars Küllmer - CDU	
Herr Stephan Muth - CDU	
Herr Stefan Oberhansl - CDU	
Herr Roger Pfalz - CDU	
Frau Runhild Piper - CDU	

Herr Hans-Martin Reissner - CDU
Frau Karin Schaffner - CDU
Herr Jens Seipp - CDU
Herr Jan von Ploetz - CDU
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen
Frau Renate Bastian - Marburger Linke
Herr Roland Böhm - Marburger Linke
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke
Frau Inge Sturm - Marburger Linke
Herr Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke
Frau Stefanie Wittich - Marburger Linke
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
Herr Roland Frese - BfM
Frau Gabriele Mensing - BfM
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM

Magistratsmitglieder

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Herr Dominic Dehmel - SPD	- entschuldigt -
Herr Gerald Weidemann - SPD	- entschuldigt -
Herr Oliver Hahn - CDU	- entschuldigt -
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	- entschuldigt -

Magistratsmitglieder

Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	- entschuldigt -

Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD - entschuldigt -

Protokoll

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Zuhörerinnen und Zuhörer. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung zu der Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt weiterhin die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung der im Rahmen der Vorberatungen in den Ausschüssen zurückgestellten Vorlagen und Anträge sowie der angemeldeten Aussprachen und Setzpunkte vor.

Der Dringlichkeitsantrag des Ausländerbeirates betr. Ausländerbeiräte als demokratische Interessensvertretung beibehalten wird nicht auf die Tagesordnung genommen. Protokollierung dazu siehe unter Tagesordnungspunkt (TOP) 1.1.

Der Stadtverordnete Simon beantragt den Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Umsetzung des Lebensabschnittsmodells nach dem hessischen BTHG-Ausführungsgesetz in Marburg als TOP 11.3 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Dem wird nicht widersprochen. Der Stadtverordnete Göttling meldet zu dem TOP die Aussprache an.

zu 1.1 Dringlichkeitsantrag des Ausländerbeirates betr.: Ausländerbeiräte als demokratische Interessensvertretung beibehalten Vorlage: VO/7185/2019

Zum Zeitpunkt der Feststellung der Tagesordnung ist kein Mitglied des Ausländerbeirates zugegen, um die Dringlichkeit des Antrages zu begründen. Der Stadtverordnete Seipp stellt deshalb den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zur Beratung im Januar in den Geschäftsgang zu geben. Über diesen Antrag lässt die Stadtverordnetenvorsteherin abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen:	SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Nein-Stimmen:	B90/Die Grünen, Marburger Linke
Enthaltungen:	keine

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit angenommen. Der Antrag wird zur Vorberatung an den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung sowie den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen, die Entscheidung über den Antrag erfolgt in der Stadtverordnetenversammlung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.11.2019

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.11.2019 ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht, sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 6 und 10 bis 16 werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Der Zugang von der Oberstadt zum Garten des Gedenkens ist alles andere als einladend. Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass ein ansprechenderes und deutlich sichtbareres Hinweisschild zum Garten des Gedenkens bei dem schmalen Zugang in der Untergasse angebracht wird und dass außerdem dieser Weg, der derzeit durch einen Stromkasten und ein Behältnis für mehrere Mülleimer verengt ist und öfter verunreinigt ist, dem Ort angemessen gestaltet wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Bei einer aktuellen Überprüfung befand sich die Wegeverbindung von der Untergasse zum Garten des Gedenkens in einem ordentlichen Zustand. Die Stadtverwaltung wird sich jedoch dafür einsetzen, dass die Graffities am Gebäude Untergasse 18 sowie an dem Stromverteiler und der Aufbewahrungsbox für Mülleimer entfernt werden. Beim Ausbau der Wegeverbindung wurde die Aufbewahrungsbox bewusst errichtet, damit die einzelnen Mülleimer nicht ungeordnet in dem Durchgang stehen. Die beengten Verhältnisse vor Ort lassen auch keine alternativen Stellflächen zu. Eine ansprechendere Beschilderung des Zuganges wird geprüft.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Nach der Schließung der Oberstadtkinos im Haus Steinweg 4 und dem Umzug des dort zunächst betriebenen Späties in einen sog. ‚Marburger FreiRAUM' an der Wasserscheide (dessen Nutzung deshalb auch nicht zur Verringerung des Leerstandes in der Oberstadt geführt hat!) ist nun auch die Buchhandlung aus diesem Gebäude an einen anderen Standort gezogen.
Sind dem Magistrat inzwischen Planungen zur zukünftigen Nutzung des Hauses Steinweg 4 bekannt bzw. was will er unternehmen, damit kein dauerhafter Leerstand dieses relativ großen Gebäudes am Anfang der Oberstadt besteht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Nach Auskunft des FD 61 (Stadtplanung und Denkmalschutz) kann folgender Sachverhalt geschildert werden:

Die Eigentümer der Immobilie im Steinweg 4 haben die Immobilie erst vor Kurzem erworben. Im denkmalgeschützten Gebäude soll vorwiegend Wohnraum entstehen. Der Abstimmungsprozess zwischen der Unteren Denkmalschutzbehörde und der Bauaufsicht sowie den Eigentümern dauert derzeit noch an. Ein Abschluss der Abstimmungen wird Ende des ersten Quartals 2020 erwartet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Stefan Oberhansl
Fraktion / Partei:	CDU

Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu erteilen, warum das räumliche Umfeld, Aufgänge, sowie Innenleben der beiden Oberstadtaufzüge inkl. Fahrstuhlkammern in derartig schlechten Reinigungszuständen sind bzw. seit Jahren vorherrschende Wandschmierereien nicht entfernt bzw. überstrichen werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Der hohe Reinigungsbedarf in und um das Objekt ist den unterschiedlichen Fachdiensten bekannt. Die Aufzugsanlage am Pilgrimstein wird zweimal wöchentlich gründlich von einer Fremdfirma gereinigt. Dies beinhaltet das Reinigen der Oberflächen und Türen sowie Entfernung kleinerer Graffiti und Aufkleber. Weiterhin werden zweimal wöchentlich der Vorplatz, sowie die Treppenaufgänge am Oberstadtaufzug gereinigt. Die öffentlichen Toiletten werden einmal täglich gereinigt.
Eine Verbesserung der Situation ließe sich vorrangig durch eine Verkürzung der Reinigungsintervalle oder eine intensivere Kontrollüberwachung vor Ort erreichen.

Vor Kurzem wurde eine zusätzliche Laubentfernung im Bereich der Fahrradständer durchgeführt. Aus versicherungstechnischen Gründen ist eine Reinigung zwischen den aufgestellten Fahrrädern nicht möglich. Eine Grundreinigung der Fahrradabstellflächen wird vom FD 33 ca. 1-2 mal im Jahr durchgeführt. Dafür müssen die Fahrräder entfernt werden, dies ist ein großer Aufwand und kann deshalb nur vereinzelt erfolgen.
Um dem hohen Müllaufkommen entgegen zu wirken, wurden diese Woche (KW 49) zwei zusätzliche, größere Abfallbehälter auf dem Vorplatz aufgestellt.

Seitens der Stadt wurde in den vergangenen Jahren in Anstricharbeiten der Fassaden investiert. Im Zuge der Erneuerung der Aufzugsanlage 2014/15 wurden ca. 35.000 € ausgegeben. Es gab des Weiteren zahlreiche einzelne Maßnahmen zur Beseitigung von Graffiti, die jedoch sehr schnell wieder hinfällig waren, weil die fehlende soziale Kontrolle am Standort und die fehlende Einsichtigkeit der Anlage Vandalismus leicht ermöglicht. Derzeit werden Angebote eingeholt zur Überholung der Zugangsbereiche und des vertikalen Treppenaufganges, um das Erscheinungsbild zu verbessern.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Stefan Oberhansl
Fraktion / Partei:	CDU

Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu erteilen, ob im Bereich der Lahnterrassen geplant ist, die dortigen Schmierereien zu entfernen und wenn ja wann und wie?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 60 - Bauverwaltung und Vermessung

Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Im Rahmen der Sanierung der Weidenhäuser Brücke wurde bereits der größte Teil der an den Lahnterrassen angebrachten Schmierereien/Graffiti bis August/September 2019 entfernt. Eine komplette Reinigung sollte bis zum Ende der Baumaßnahme inklusive Freigabe der Radwege unter der Brücke erfolgen.
Der DBM hat daher im November anlässlich der abschließenden Brückenprüfung die Lahnterrassen von weiteren Schmierereien/Graffiti zu 95 % befreit.
Kleinere Reste können erst bei längeren Trockenphasen und ab bestimmten Außentemperaturen entfernt werden. Gegenwärtig finden sich hier noch Schatten, die bei entsprechendem Wetter zu beseitigen sind.

Ebenfalls im November wurden die Sandsteinmauern am Oberstadtaufzugseingang Pilgrimstein gereinigt.

Die Verfahren, die der DBM zur Graffitientfernung anwendet, wurden schon mehrmals erläutert und können auch auf der Unternehmenshomepage (www.dbm-marburg.de) nachgelesen werden.
Hierbei wird u. a. mit Heißwassertechnik mittels ganz bestimmtem Druck, bestimmtem Arbeitswinkel und bestimmter Wassertemperatur gearbeitet, oder aber mit einer untergrundschonenden abrasiven Unterdrucktechnik mittels z. B. Nussschalen oder Glassand.

Nicht zu empfehlen sind alle Methoden, die die besprühte Fläche bewusst abtragen und schädigen, wie zum Beispiel der Einsatz von Drahtbürsten auf Sandstein.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Seit etlichen Wochen führt eine Baustelle auf dem Lahntalweg unterhalb der Uferstraße zur einer Sperre, deren Umfeld zunehmend verwahrlost - die Arbeiten gehen nicht weiter, Beschilderungen liegen großflächig verstreut herum, Fahrrad- und Fußverkehr umgeht die Baustelle - so gut es geht - auf vermatschtem Untergrund. Seit wann genau und wie lange noch besteht diese Baustelle und warum gehen die Arbeiten nicht zügig weiter?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Ausgehend von der Straße „Krummbogen“ hat die Tiefbaufirma Bernshausen im Auftrag der Stadtwerke Marburg eine Spülbohrung mit Leerrohren unter der Lahn und Autobahn bis unterhalb der Straße „Uferstraße“ zum Einzug von Strom- und Glasfaserkabeln hergestellt.
Als Erweiterung zu dieser Maßnahme wurden weitere Leerrohre für Glasfaserkabel in ein bereits vorhandenes Leerrohr in Richtung „Bahnhofstraße“ und in Richtung“ Weidenhäuser Brücke“ eingezogen. Beim Einzug der Leerrohre entlang des Lahntalwegs sind Problemen aufgetreten, so dass weitere Kopflöcher erforderlich waren, um die Durchgängigkeit des vorhandenen Leerrohres herzustellen.
Dadurch kam es zu Verzögerungen bei der Wiederherstellung des Radweges.
Die Maßnahme konnte mittlerweile abgeschlossen werden, eine Nutzung des Lahntalweges ist ab Ende der 49. KW wieder uneingeschränkt möglich.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Welche Erneuerungs- oder Umgestaltungsmaßnahmen auf klassifizierten Gemeindestraßen in Marburg erhielten in den letzten fünf Jahren Fördermittel des Landes Hessen in welcher Höhe?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Die Fragestellung bezieht sich auf geförderte Gemeindestraßen, die nicht als Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen klassifiziert sind.
Hierunter fällt nur die Marburger Straße in Cappel, die nur in dem Abschnitt zwischen Moischter Str. und Zum Rosenmorgen auf einer Länge von ca. 40 m die Funktion der Kreisstraße 38 wahrnimmt, ansonsten aber nicht klassifiziert ist. Die Förderung beträgt ca. 575 T€.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Um Fördermittel für die Ausbesserung von Feldwegen vom Amt für Bodenmanagement zu beantragen, ist eine Feldwegesatzung Voraussetzung. Plant der Magistrat auch eine Erarbeitung einer Feldwegesatzung um Fördermittel zu erhalten und wenn ja, werden die betroffenen Ortsbeiräte und Jagdgenossenschaften bei der Erarbeitung dieser Satzung beteiligt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal und Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Gemeinden können die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft durch Satzung regeln und so allgemein verbindliche Rechtssätze erlassen; Satzungen regeln in erster Linie Rechtsverhältnisse nach außen.

Von der Möglichkeit, eine Feldwegesatzung zu erlassen, haben nur sehr wenige Gemeinden Gebrauch gemacht. Die uns bekannten Feldwegesatzungen wurden ausschließlich aufgrund des vorgenannten Regelungscharakters erlassen. Die Satzungen wurden beispielsweise vor dem Hintergrund beschlossen, dass der unrechtmäßigen Vereinnahmung der Feldwege durch die Landwirte (Beim Pflügen wurden Feldwege Stück für Stück abgetragen) entgegengewirkt werden sollte. Ein weiterer Grund für die Einführung einer Satzung könnte auch sein, dass gegen die von Landwirten verursachte Verschmutzung der Wege besser vorgegangen werden kann.

Für den Neubau, den Ausbau oder die Erneuerung von Feldwegen (nicht jedoch für die bloße Unterhaltung) kann beim Amt für Bodenmanagement ein Antrag auf Förderung gestellt wer-

den.

Unter bestimmten Voraussetzungen können bis zu 65 % der Aufwendungen gefördert werden (z. B. Bodenwertzahl, < 10.000 EW in der Gemarkung, > 25.000 € Eigenanteil, die Richtlinie für ländlichen Wegebau muss eingehalten werden). Das Vorliegen einer Feldwegesatzung ist dafür keine Bedingung. Wenn keine Feldwegesatzung vorliegt, werden aber 10 %-Punkte von der Förderquote abgezogen. Förderanträge für Feldwege können bis Ende Februar gestellt werden. Besonders zu erwähnen ist, dass nicht jeder Förderantrag positiv beschieden wird, vielmehr unterliegen diese dann einem hessenweiten Ranking.

Die Verwaltung ist sich der Förderungsfähigkeit der o. a. Maßnahmen bewusst. Beim Anstehen von förderfähigen Maßnahmen werden beim Amt für Bodenmanagement entsprechende Anträge gestellt sowie im Vorfeld geprüft, zu welchen Auswirkungen (auch monetär) der Erlass einer Feldwegesatzung führen würde.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Immer mehr Elektroautos sind auf den deutschen Straßen unterwegs. Sind die Marburger Feuerwehren auf E-Auto-Brände vorbereitet und geschult?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 37 - Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Im Rahmen der Aus- und Fortbildung beschäftigt sich die Marburger Feuerwehr bereits seit einigen Jahren mit den Neuerungen alternativer Antriebe. Grundlage für die Ausbildung sind die diversen Einsatzhinweise der Autoindustrie sowie der verschiedenen Fachverbände. In einer gemeinsamen Fortbildungsverantstaltung in diesem Jahr wurden alle Führungskräfte der Feuerwehr Marburg geschult. Bislang ist es zu keinem Brandereignis im Zusammenhang mit Elektrofahrzeugen in Marburg gekommen und daher fehlen hier sicherlich noch Erfahrungswerte. Aber die Feuerwehr Marburg ist für solche Ereignisse gut vorbereitet.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Soll am Gladenbacher Weg in Ockershausen eine ca. 4 Meter hohe und ca. 15 Meter lange alte Bruchsteinmauer mit der ortstypischen Vegetation auf eine Weise saniert werden, dass dort eine „Mauer des Grauens“ aus Beton entsteht und würde der Magistrat dies als städtebaulich und ökologisch vertretbar erachten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Die vorhandene Sandsteinmauer sichert einen Geländevorsprung von bis zu 3 m Höhe auf einer Länge von ca. 20 m gegenüber dem Grundstück 23 zum Gladenbacher Weg.
Die vorhandene Mauer besteht aus Sandsteinschichten ohne Mörtelverbund (sog. Trockenmauer). Jedoch wurden die Fugen in der Ansichtsfläche mit Mörtel gefüllt, die teilweise nicht mehr vorhanden bzw. geschädigt sind. An einer weiteren Stelle weist die Mauer eine starke Bauchung auf. Diese Verformungen (Bauchung) sowie die nachträglichen Verstärkungen durch Stahlprofile deuten auf ein labiles Gleichgewicht des statischen Systems hin. Eine Sanierung oder Erneuerung ist zwingend erforderlich.

Eine wirtschaftliche Sanierung / Erneuerung mit einfachen Bautechniken ist nur durch eine Winkelstützwand mit Fertigteilen möglich. Vorgesehen ist, eine zweischichtige Winkelstützmauer aus sogenannten L-Steinen herzustellen (siehe beigefügter Querschnitt). Die Herstellung der Mauer mit L-Steinen würde ca. 60.000 € kosten und könnte durch den DBM ausgeführt werden. Eine 15 cm tiefe Vorsatzschale aus Sandsteinen würde zusätzlich ca. 50.000 € kosten und kann nicht durch den DBM erstellt werden.
Durch die aufgelöste Bauform und das vorgesehene Pflanzbeet zwischen den Mauerteilen halten wir die Gestaltung für vertretbar und für Pflanzenbewuchs geeignet.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

In welcher Anzahl und Höhe stehen noch Rechnungen beziehungsweise Zahlungen von Straßenbeiträgen für bis zum 30.06.2019 begonnene oder baulich fertiggestellte Maßnahmen an?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 60 - Bauverwaltung und Vermessung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Einnahmen in Höhe von rund 22.000,00 € (48 Heranziehungsbescheide im Rahmen der Endabrechnung) für die Erneuerungs- und Umgestaltungsmaßnahme Marburger Straße, Teilabschnitt zwischen Schubertstraße und Moischter Straße, im Stadtteil Cappel stehen noch an. Daneben sind schon Einnahmen in Höhe von annähernd 1,2 Millionen Euro durch den Abschluss von Ablösungsvereinbarungen und die Erhebung von Vorausleistungen erzielt worden.

Für den Straßenzug In der Wann/In der Gemoll im Stadtteil Ockershausen sind noch ca. 20 Anlieger mit einem Gesamtvolumen in einer Größenordnung von rd. 250.000,00 € zu veranlagen. Da die Maßnahme baulich noch nicht fertiggestellt ist, beinhaltet diese Summe teilweise geschätzte Beträge. Auch hier wurden mit 15 Beitragspflichtigen Ablösungsvereinbarungen abgeschlossen und im Zuge des Baufortschrittes 10 Vorausleistungsbescheide herausgegeben, wodurch im Vorfeld rd. 164.000,00 € vereinnahmt wurden.

In 3 länger zurückliegenden Verfahren wurden die Straßenbeiträge bereits durch rechtskräftige Heranziehungsbescheide festgesetzt. Die Zahlungen in Höhe von insgesamt rund 12.500,00 € sind noch nicht erfolgt, da auf begründete Anträge zinslose Stundungen ausgesprochen wurden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie hoch sind die Kosten des Jobtickets der Stadt Marburg und des DBM (Gesamtkosten im Jahr, Kosten pro Beschäftigen und Monat) vor und nach der Erweiterung des Vertrags mit dem RMV am 1.8.2019?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal und Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Sowohl aus Gründen der Steigerung der Attraktivität der Universitätsstadt Marburg als Arbeitgeberin als auch aus klimapolitischen Zielsetzungen wurde das schon seit vielen Jahren bestehende RMV-Jobticket für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und des DBM zum 01.08.2019 auf das sog. Premium-Ticket umgestellt. Dieses berechtigt die Nutzer*innen des Jobticket das ÖPNV-Angebot im gesamten RMV-Gebiet zu nutzen sowie nach 19 Uhr und an Wochenenden und Feiertagen Familienangehörige kostenlos mitzunehmen. Dieses verbesserte Angebot hat im Übrigen zu einer deutlichen Steigerung der Inanspruchnahme durch städtische Mitarbeiter*innen geführt.

Gegenüber 9,94 € pro Mitarbeiter*in und Monat bis Juli 2019 kostet das Premium-Ticket seit 01.08.2019 je Mitarbeiter*in 13,11 € monatlich. Dies führt nach aktuellen Preisen zu monatlichen Mehrkosten i. H. v. 4.755 € bzw. rd. 57.000 € jährlich. Die Gesamtkosten für das Jobticket für alle Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und des DBM belaufen sich auf dieser Grundlage seit 01.08.2019 auf ca. 19.600 € monatlich (bis Juli 2019 ca. 14.900 €) bzw. rd. 235.000 € (bis Juli 2019 rd. 179.000 €) jährlich.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Die seit längerem weitgehend ungenutzte Immobilie Steinweg 4, die auch die ehemaligen Filmkunsttheater umfasst, wurde kürzlich von Investoren erworben.
Was weiß der Magistrat über die Pläne der Investoren und kann er nachhaltig dafür Sorge tragen, dass die Belange des Denkmalschutzes gewahrt bleiben - insbesondere auch, was den in Deutschland inzwischen nur noch selten in ähnlicher Originalität existierenden Kinosaal der Kammerspiele angeht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Über eine denkmalgerechte Sanierung mit dem Schwerpunkt Wohnnutzung gibt es seit Monaten Abstimmungsgespräche zwischen den aktuellen Käufern und Vertretern der Unteren Denkmalschutzbehörde und Bauaufsicht. Insbesondere der Erhalt der Raumstruktur des Kinosaals „Kammer“ steht hier, neben der statisch-konstruktiven Sanierung des Dachstuhls des ältesten Hauptgebäudes, im Mittelpunkt. Ein Abschluss der Abstimmungen ist gegen Ende des

1. Quartals 2020 zu erwarten.
Eine Gefährdung der Bausubstanz ist durch die intakten Außenfassaden und Dachdeckung nicht zu befürchten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Marburger Bürger/innen berichten, dass der monatliche Zuschuss zu einem ÖPNV-Monatsticket (Erw. 24,50 / Kind 22,00) für Stadtpassinhaber/innen nur für Monatskarten für den Stadtbereich vorgesehen ist. Für Berufspendler/innen, die über den Stadtbereich hinaus pendeln (Z.B. Zone 3 oder 4), gilt dieser Zuschuss nicht.
Warum ermöglicht der Magistrat nicht, dass der Zuschuss in der vorhergesehenen Höhe auch für Stadtpassinhaber/innen ausgezahlt wird, die über den Stadtbereich hinaus ein Monatsticket erwerben wollen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 50 - Soziale Leistungen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Der Magistrat sieht nicht vor, generell die Vergünstigungen durch den monatlichen Stadtpass für die Benutzung des ÖPNV auf die Preisstufen des Landkreisgebietes außerhalb des Bereichs der Universitätsstadt Marburg auszudehnen.

Die Universitätsstadt Marburg fördert Stadtpass*inhaberinnen, die das hessenweite Schülerticket erwerben wollen und ermöglicht so für diesen Berechtigtenkreis bereits eine landesweite Nutzung des ÖPNV.

Berufspendler*innen, die nach den Richtlinien innerhalb der Einkommensgrenzen eine Stadtpassberechtigung haben, bewegen sich im Bereich der Sozialleistungsberechtigung nach den Bestimmungen über das Arbeitslosengeld II. Innerhalb dieses Rechtskreises können Fahrtkosten als Werbungskosten einkommensmindernd geltend gemacht werden, so dass sich eine Vergünstigung nach den Bestimmungen des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II) ergibt.

Darüber hinaus hat der RMV für den Bereich des Landkreises Marburg-Biedenkopf das *Miteinanderticket* eingeführt; eine vergünstigte persönliche Jahreskarte für Erwachsene, die Mitarbeiter*innen eines Arbeitgebers im LIGA-Verband sind.

Über das Diakonische Werk Marburg-Biedenkopf steht zusätzlich, in begrenzter Anzahl das *Miteinanderticket solidarisch* zur Verfügung. Es kann in der Geschäftsstelle kostenlos, aber zeitlich befristet auch von Nicht-Berufspendler*innen ausgeliehen werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Damit ist die Fragestunde beendet. Die Fragen Nr. 7 bis 9 werden schriftlich beantwortet, die Antworten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 7 Marburger Ortsrecht: Nachtrags- und Aufhebungssatzung zur Satzung über das Erheben von Straßenbeiträgen in der Universitätsstadt Marburg (Straßenbeitragssatzung) Vorlage: VO/7106/2019

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes um 17:15 Uhr übernimmt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung von B90/Die Grünen und Marburger Linke einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Vorlage ist weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mit dem gleichen Abstimmungsverhalten ebenfalls einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Aussprache (Setzpunkt) wurde durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Bastian, Pfalz, Ditschler, Sell und Bürgermeister Stötzel.

Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die vorliegende Nachtrags- und Aufhebungssatzung zur Satzung über das Erheben von Straßenbeiträgen in der Universitätsstadt Marburg (Straßenbeitragssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis
Ja-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: B90/Die Grünen, Marburger Linke

zu 11.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Spekulative Immobiliengeschäfte verhindern – Mieter*innen und Gewerbetreibende vor Verdrängung schützen Vorlage: VO/7184/2019

Der Antrag wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 13.5 aufgerufen, zu dem die Fraktion Marburger Linke Aussprache angemeldet hat. Zur Protokollierung der Aussprache siehe Tagesordnungspunkt 13.5.

Nach Beendigung der Aussprache lässt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis
Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltungen: keine

zu 13.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schutz von Mieterinnen und Mietern im Südviertel. Stopp Gentrifizierung
Vorlage: VO/7140/2019

Der Antrag wird gemeinsam mit dem Dringlichkeitsantrag unter TOP 11.1 zur Aussprache aufgerufen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vor, der von der antragstellenden Fraktion übernommen wurde. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den geänderten Antrag abzulehnen. Aussprache wurde durch die Fraktion Marburger Linke im Ältestenrat angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Schmidt, Sanchez-Arvelo, Oberhansl, Zels, Ditschler und Seipp sowie Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache ruft der stellv. Stadtverordnetenvorsteher den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung auf.

Der Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis
Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltungen: keine

zu 11.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Umsetzung des Lebensabschnittsmodells nach dem hessischen BTHG-Ausführungsgesetz in Marburg
Vorlage: VO/7188/2019

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes um 18:40 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk wieder die Sitzungsleitung.

Zu dem Dringlichkeitsantrag hat die Fraktion B90/Die Grünen die Aussprache angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordnete Dr. Perabo und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antragwird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis
Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltungen: keine

zu 13.1 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Errichtung einer 4-Felderhalle
Vorlage: VO/7063/2019

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der stellv. Vorsitzende, Stadt-

verordneter Seitz. Dort lag ein gemeinsamer Änderungsantrag der antragstellenden Fraktion und der Fraktion B90/Die Grünen vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung empfiehlt. Aussprache wurde angemeldet.

Der Änderungsantrag war auch Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

Nach Aufruf zur Aussprache sprechen die Stadtverordneten Freitag, Köster-Sollwedel, Seitz, Seipp, Simon, Pfalz und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Im Anschluss fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis
Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Enthaltungen: keine

---

zu 4 Marburger Ortsrecht: XXI. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/7104/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses und beschließt:

Der vorliegende XXI. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 5 Marburger Ortsrecht: I. Nachtrag zur Zweitwohnungssteuersatzung
Vorlage: VO/7141/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin folgenden Beschluss:

Der vorliegende I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer im Gebiet der Universitätsstadt Marburg (Zweitwohnungssteuersatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 6 Marburger Ortsrecht: Neufassung der Satzung über den Marktverkehr in der Universitätsstadt Marburg (Marktsatzung)
Vorlage: VO/7145/2019

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet, dass auf Antrag der Fraktion Marburger Linke in § 10 Abs. 3 Buchstabe e der Begriff „gewerbsmäßig“ ergänzt wurde, so dass dieser jetzt folgenden Wortlaut hat:

§ 10
Verhalten auf dem Wochenmarkt

Abs. 3, Buchstabe e

sich *gewerbsmäßig* bettelnd, hausierend oder betrunken während der Marktzeiten im Marktbereich aufzuhalten.

Der so ergänzten Fassung der Marktsatzung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Vorlage in der im Ausschuss ergänzten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die vorliegende Satzung über den Marktverkehr in der Universitätsstadt Marburg (Marktsatzung) wird mit der Ergänzung des Begriffes „gewerbsmäßig“ in § 10, Abs. 3, Buchstabe e, beschlossen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 8 Anlagerichtlinie
Vorlage: VO/7143/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der Marburger Linke einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und beschließt:

Die vorliegende Anlagerichtlinie wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis
Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: Marburger Linke

zu 9 Konzessionsverträge Strom, Gas, Wasser sowie der Fernwärmegestattungsvertrag mit der Stadtwerke Marburg GmbH
Vorlage: VO/7050/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach Aufruf durch die Stadtverordnetenversammlung

folgenden Beschluss:

Dem Abschluss der vorgelegten Konzessionsverträge für Strom, Gas und Wasser sowie des Fernwärmegestattungsvertrages mit der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 10 Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg - DBM: Jahresabschluss 2018
Vorlage: VO/7059/2019

Über die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses und beschließt:

1. **Der Jahresabschluss des DBM für das Geschäftsjahr 2018 wird auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung der Theobald Jung Scherer AG beschlossen.**

2. **Den aus dem Bereich Entsorgung entstehenden Verlust in Höhe von € -222.066,32 bis zu Entscheidung, ob er aus Haushaltsmitteln ausgeglichen wird, ins folgende Geschäftsjahr vorzutragen.**

3. **Den aus den Bereichen Straßenreinigung/Winterdienst (€ 46.837,02), Straßenunterhaltung (€ -32.125,27), Kanal- und Gewässerunterhaltung (€ 13.268,73), Friedhof- (€ -53.121,83) und Grünflächenunterhaltung (€ -105.011,04) resultierenden Verlust (insgesamt € - 130.152,39) aus der Ergebnisrücklage des DBM auszugleichen.**

4. **Den ermittelten Verlust i. H. v. € -12.826 aus dem Abgang von Anlagevermögen aus dem im DBM aktivierten Alt-Kanalnetz aus der Rücklage der Kanalvermögensbewertung (€ 10.718.298,48) auszugleichen und den dann verbleibenden Überschuss i. H. v. € 1.095.915,12 der Kanalgebührenausgleichsrücklage (€ 2.254.075,93) zuzuführen. Der unter Berücksichtigung kommunalabgabenrechtlicher Verpflichtung gegenüber den Kanalgebührenpflichtigen nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelte Überschuss des Kanalgebührenhaushaltes beträgt somit insgesamt € 1.083.089,12.**

5. **Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.**

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 11 Dringlichkeitsanträge

---

zu 11.2 Dringlichkeitsantragen der Fraktionen von CDU und SPD betr. Entwicklung am Afföller
Vorlage: VO/7186/2019

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Dringlichkeitsantrag, der nach Einvernehmen im Ältestenrat auf die Tagesordnung genommen wurde, zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt die weitere Entwicklung am Afföller im Rahmen der Bürgerbeteiligung durch den Beteiligungsbeirat auf die Vorhabenliste setzen zu lassen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

zu 12 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

zu 12.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Radweg zu den Behringwerken
Vorlage: VO/7099/2019

Der Antrag wird wegen der noch ausstehenden Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückgestellt.

zu 13 Anträge der Fraktionen

zu 13.2 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. „Marburger Lenchen“ und Museum Anatomicum
Vorlage: VO/7073/2019

Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der antragstellenden Fraktion vertagt.

zu 13.3 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Verbesserte Zugänglichkeit der Sitzungsunterlagen städtischer Gremien für blinde und sehbehinderte Menschen
Vorlage: VO/7087/2019

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Antrag wurde im Ausschuss auf Empfehlungen des Behindertenbeirates, die durch die antragstellende Fraktion übernommen wurden, geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. **Der Magistrat stellt sicher, dass alle Sitzungsunterlagen mittels verfügbarer Formatvorlagen bzw. Funktionen vor Veröffentlichung bearbeitet werden; dazu zählt insbesondere: Das Formatieren von Überschriften für eine auch von blinden und sehbehinderten Menschen wahrnehmbare Textstrukturierung, das Versehen von Grafiken mit einem Alternativtext sowie die Aufbereitung von Tabellen. Wird zur Antragsformatierung ein anderes Programm als MS-Word verwendet, ist zu gewährleisten, dass das Alternativ-Programm die oben aufgeführten Funktionen zur Textgestaltung aufweist, und die Textstrukturierungen nach der Umwandlung in PDF über den von blinden Menschen genutzten Screenreader genauso wie bei MS-Word erkennbar sind. Kom-**

plexe Grafiken (z. B. Bebauungspläne) werden schlicht als solche benannt; auf Nachfrage erläutern die zuständigen Mitarbeiter*innen der Verwaltung diese den anfragenden blinden und sehbehinderten Menschen wie bisher.

2. **Der Magistrat stellt den Fraktionen eine entsprechende Anleitung zur Formatierung von Anträgen etc. zur Verfügung; die Stadtverordneten werden dazu angehalten, ihre Anträge etc. vor Veröffentlichung entsprechend zu gestalten.**

3. **Dringlichkeitsanträge werden bis spätestens zwei Stunden vor Sitzungsbeginn für alle Bürger*innen öffentlich einsehbar online bereitgestellt.**

Abstimmungsergebnis
einstimmig

---

zu 13.4 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: „Haus der Nachhaltigkeit“ in Marburg
Vorlage: VO/7091/2019

Die SPD-Fraktion hat zu dem Antrag die Aussprache angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit erneut nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb nochmals vertrag.

---

zu 14 Kenntnisnahmen

---

zu 14.1 Vereinbarung über die Bereitstellung der Löschwasserversorgung durch das leitungsgebundene Wasserversorgungssystem der Stadtwerke Marburg GmbH
Vorlage: VO/7116/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Abschluss der Vereinbarung zwischen der Universitätsstadt Marburg und der Stadtwerke Marburg GmbH über die Bereitstellung der Löschwasserversorgung durch das leitungsgebundene Wasserversorgungssystem der Stadtwerke, dem der Magistrat zugestimmt hat, zur Kenntnis.

---

zu 14.2 Beteiligungsbericht 2019 der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/7136/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorgelegten 15. Beteiligungsbericht der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

---

zu 14.3 Marburger Ortsrecht: Neufassung der Festsetzung der Wochenmärkte in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/7153/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Festsetzung der Wochenmärkte in der Universitätsstadt Marburg, die durch den Magistrat beschlossen wurde, zur Kenntnis.

zu 14.4 Vollzug des Haushaltsplans 2019
hier: Zwischen- und Budgetbericht zum 31.10.2019
Vorlage: VO/7155/2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der vorliegenden Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2019 sowie der Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 31.10.2019 Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden für ihr Erscheinen und wünscht ein frohes Weihnachtsfest und einen guten start ins neue Jahr.

Marburg, 17.12.2019

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Lothar Sprenger
Protokoll

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Jens Seipp
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Anlagen
Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 7 bis 9

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Laut einem Bericht in der Oberhessischen Presse vom 12. April 2018 und aktuellen Augenzeugenberichten von Bürger/innen, stehen seit nunmehr über einem Jahr von früh morgens bis spät abends Dieseltriebwagen und –triebwagengespanne der Kurhessenbahn auf Gleisen des Hauptbahnhofs und am Schülerpark (Gleis 80), ohne dass deren Motoren abgestellt werden. Die Folge sind unerträgliche Abgasbelästigungen für Teile der Ortenbergbewohner/innen. In Zeiten des Klimanotstands in Marburg sowie für die Anwohnenden ein unhaltbarer Zustand. Was kann der Magistrat über diesen Missstand berichten und wie gedenkt er Abhilfe zu schaffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nach Auskunft der Kurhessenbahn kann folgender Sachverhalt geschildert werden:

Aufgrund des seit Dezember 2017 geltenden Verkehrsvertrages zwischen der Deutschen Bahn und der Kurhessenbahn können einfahrende Züge der Kurhessenbahn nicht mehr im Bahnhof auf demselben Gleis bis zur Weiterfahrt verbleiben, sondern müssen die Gleise für den Zugverkehr freimachen. Aus diesen Grund weichen die Züge der Kurhessenbahn auf Gleis 80 aus. Die Lokführer*innen warten hier auf eine kurzfristige Information der Deutschen Bahn bezüglich eines Zeitslots, in dem wieder in den Bahnhof eingefahren werden kann. Die Motoren könnten in dieser Zeit nicht abgestellt werden, da der Zug erst nach circa fünf Minuten wieder betriebsbereit wäre; die Zugführer*innen müssten aufgrund der kurzfristigen Slots allerdings jederzeit fahrbereit sein.
Seitens der Kurhessenbahn wurde zugesichert, alle Mitarbeitenden dazu anzuhalten, die Aufenthaltszeit zu verkürzen.

Eine Anfrage bei der Deutschen Bahn hierzu blieb bisher unbeantwortet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Oliver Hahn
Fraktion / Partei:	CDU

Der Magistrat möge Auskunft geben, ob und wenn ja wie viele Bienenstockvölker es in Marburg gibt, und wer diese wo betreibt.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Nach Recherche beim Veterinäramt und beim Imkereiverein Marburg und Umgebung e.V. gibt es in Marburg ca. 50 gemeldete Bienenhalterinnen/Bienenhalter mit insgesamt etwa 1000 Bienenvölkern. Nicht erfassbar sind diejenigen, die nicht gemeldet sind.
Informationen zu der Frage, wer die Bienenvölker wo betreibt, konnten aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht ermittelt werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember 2019

Fragesteller/in:	Oliver Hahn
Fraktion / Partei:	CDU

Der Magistrat möge Auskunft geben, ob die Gastronomen bzw. Kneipenbesitzer in Marburg ihren Auflagen zur Verpflichtung der Reinigung des öffentlichen Raumes ordnungsgemäß nachkommen.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im Bereich der Oberstadt, welcher Teil der öffentlichen Straßenreinigung ist, wird der öffentliche Raum im Turnus nach der Straßenreinigungssatzung durch den DBM gereinigt. Uns liegen für den Bereich Steinweg zwei Fälle aus dem 3. Quartal 2019 vor, wo der DBM uns darauf hingewiesen hat, dass dort zwei Gastronomen bzw. Kneipenbesitzer ihrer Reinigungspflicht nicht nachkamen. Beide Gastronomen bzw. Kneipenbesitzer wurden seitens des FD 32 auf ihre Reinigungspflichten hingewiesen. Seitdem liegen uns keinerlei Beschwerden vor.

Für Bereiche außerhalb der Oberstadt liegen uns keinerlei Anfragen bzw. Beschwerden vor.

Wieland Stötzel
Bürgermeister